

Infoplattform fürs digitale Bürgeramt

[24.11.2021] In Nordrhein-Westfalen haben das Digitalministerium und die kommunalen Spitzenverbände eine Informationsplattform für das digitale Bürgeramt gelauncht. Diese richtet sich an Bürger und Unternehmen, will aber auch die Verwaltungen selbst bei der Digitalisierung unterstützen.

In Nordrhein-Westfalen ging – begleitend zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) – eine Online-Plattform mit Informationen zur digitalen Verwaltungslandschaft des Landes an den Start. Aufgebaut wurde das Informationsangebot vom Digitalministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden. Dies teilte das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes mit. Die Website digital-direkt.nrw soll häufige Fragen von Bürgern und Unternehmen zu ihrem digitalen Bürgeramt beantworten und die Benutzung erleichtern. Die Plattform richtet sich jedoch auch explizit an Verwaltungen, denen sie helfen will, digitaler zu werden. So informiert die Plattform die Beschäftigten in den Kommunen über Best Practices, Modellprojekte und Entwicklungen in Bund, Land und Kommunen.

Bereits jetzt bietet Nordrhein-Westfalen Bürgern und Unternehmen 330 verschiedene, mindestens lokal verfügbare digitale Dienstleitungen an. Damit stehe das Land nach dem Dashboard des Bundesinnenministeriums zu Angeboten elektronischer Verwaltungsleistungen im bundesweiten Ländervergleich auf Platz Eins, erläutert Digitalminister Andreas Pinkwart. Die nun gelaunchte Internetseite digital-direkt.nrw solle dazu beitragen, dass die Nutzung des digitalen Bürgeramts möglichst einfach sei. Mit optisch ansprechender Aufmachung und gut aufbereiteten Informationen sei die neue Seite der Info-Schalter des digitalen Bürgeramts in Nordrhein-Westfalen, so Pinkwart.

Die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Oberbürgermeister Pit Clausen (Städtetag NRW), Landrat Thomas Hendele (Landkreistag NRW) und Bürgermeister Eckhard Ruthemeyer (Städte- und Gemeindebund NRW) erklärten, dass das neue Portal allen Zielgruppen einen wichtigen Ankerpunkt mit aktuellen Informationen zum Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes biete. Landes-CIO Andreas Meyer-Falcke betonte, dass die Bevölkerung wie auch die Beschäftigten der Verwaltung bestmöglich informiert werden müssten, damit der Umstieg auf das digitale Bürgeramt angenommen werde. Es müsse klar werden, dass ein breites Angebot elektronischer Verwaltungsleistungen handfeste Vorteile für alle Beteiligten bringe.

(sib)